

Pressemitteilung 2422

27.11.2024

Kampf um Erhalt der VW-Standorte

Die Wirtschaftsminister der Länder mit VW-Werken wollen mit ungeeigneten Mitteln alle VW-Werke und Arbeitsplätze halten. Doch ihre Vorschläge beschleunigen die Deindustrialisierung nur.

In der Wilhelmshavener Zeitung, meiner Lokalzeitung, stand ein Artikel von Christopher Weckwerth mit dem Titel „Kampf um Erhalt der VW-Standorte“. Die vier Wirtschaftsminister Olaf Lies (Niedersachsen), Martin Dulig (Sachsen), Kaweh Mansoori (Hessen) und Franziska Giffey (Berlin) sind SPD-Mitglieder. Sie wollen gemeinsam daran arbeiten, dass kein Standort geschlossen wird, heißt es in einem Positionspapier. Weiter wollen sie dafür sorgen, dass einzelne Standorte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Doch die Politiker können wenig ausrichten, wenn ein Standort nicht mehr wirtschaftlich ist.

Verträge schützen keine Arbeitsplätze

Arbeitsplätze sollen geschützt werden. Dazu soll ein neuer langfristiger Vertrag zur Beschäftigungssicherung erarbeitet werden, der Arbeitsplätze schützt und für den Erhalt des Know-how sorgt. Arbeitsplätze können nur gesichert werden, wenn die Firma keine Verluste macht. Die Energiepolitik der Ampelregierung führt jedoch zu immer höheren Energiepreisen, durch die die Produktionskosten steigen und die Kaufkraft und damit der Absatz von Autos sinken. Insolvenzen sind absehbar. Dann sind die Arbeitsplätze weg trotz schönster Verträge zur Beschäftigungssicherung. Hier zeigt sich der falsche Glaube, Gesetze und Verträge würden selbst dann gelten, wenn sie gegen wirtschaftliche Vernunft und sogar gegen physikalische Grundlagen verstoßen, den die Ampel-Regierung zusehends mehr vertritt.

Richtig sind Anstrengungen, Fachleute im Land zu halten. Doch die erhalten in vielen Ländern bessere Arbeitsplätze und ein höheres Einkommen bei niedrigeren Steuern und wandern aus Deutschland mit seinen hohen und weiter steigenden Lebenshaltungskosten aus. Dafür kommen Immigranten. Prof. Hamer vom

Mittelstandsinstitut Niedersachsen hat festgestellt: Für einen ausgewanderten Fachmann kommen zwei ungelernte Immigranten nach Deutschland.

Batterie-Autos erfüllen keine Kaufwünsche

Die Verkäufe von Volkswagen schwächeln. Es wird teilweise auf Halbe produziert. Das gilt vor allem für Elektroautos mit reinem Batterieantrieb. Die Autofahrer sind nicht bereit, für ein E-Auto höhere Preise zu zahlen und dann noch lange Ladezeiten mit steigenden Stromkosten sowie kurze Reichweiten in Kauf zu nehmen. Ein Beispiel ist mein Nachbar, Besitzer eines E-Autos. Für eine Reise von der Nordsee zum Bodensee hat er ein Verbrenner-Auto gemietet, das ihm die Reise an einem Tag ohne Unterbrechung ermöglichte. Ein Produkt muss die Kundenwünsche erfüllen. Nur dann wird es gekauft. Für Batterieautos ist das nicht der Fall. Die Nachfrage mit Kaufprämien anzukurbeln, ist ein Weg in die Sackgasse. Denn auch die staatlichen Prämien müssen letztlich von den Käufern über höhere Steuern bezahlt werden.

Sinnvoll dürften E- Autos sein, die ihren Strom von einem Generator erhalten, der von einem kleinen Verbrennungsmotor im optimalen Drehzahlbereich angetrieben wird. Eine Pufferbatterie übernimmt die Regelung der Leistung beim Anfahren und Wechseln der Geschwindigkeit. Ein solches Auto hat den hohen Fahrkomfort des Elektro-Antriebes ohne Schalten, geringen Treibstoffverbrauch und kann in einer Minute betankt werden. Rein elektrischer Antrieb in Städten ist je nach Größe der Pufferbatterie gegeben. Solche Autos werden in Fernost entwickelt und sind teilweise schon auf dem Markt. Hier hat Deutschland Nachholbedarf.

Teurer Strom wird vernichtet

Die Minister fordern niedrigere Energiepreise für die Industrie. Dazu sollen wieder Subventionen fließen, die letztlich den Steuerzahler, und damit den Autokäufer ärmer machen. Die Ursachen der immer weiter steigenden Strompreise werden nicht hinterfragt. Es ist die Energiewende, die das Weltklima retten soll. Doch statt die Energiewende zu stoppen, wird der Ausbau der ohne Subventionen unwirtschaftlichen Wind- und Solarstromanlagen noch beschleunigt. Von dem erzeugten Strom wird immer mehr auf dem Weg zum Verbraucher vernichtet. Leitungsverluste durch längere Leitungen und die kostenpflichtige Entsorgung (negative Börsenpreise) von überschüssigen und nach dem EEG teuer vergüteten Strom sind die wesentlichen Energievernichter. Mit jeder weiteren Wind- und Solarstromanlage nehmen Stromüberschuss und Entsorgungskosten zu. Die Speicherung von Strom in Pumpspeicherwerken und Batterien führt zu Verlusten von mehr als 20 Prozent. Die Erzeugung von Wasserstoff und die Wiederverstromung in Gaskraftwerken haben Verluste von rund 80 Prozent.

Strompreise kann man nur senken durch ein Ende der Subventionen für die Energiewende und der CO₂-Abgaben. Dann sind auch die CO₂-Grenzwerte der EU im Abgas der Verbrenner-Autos vom Tisch, die inzwischen unter physikalisch erreichbaren Werten liegen und noch weiter herabgesetzt werden sollen. Bleiben die Werte bestehen, drohen im nächsten Jahr Strafzahlungen in Milliardenhöhe, die den Abwärtstrend der Automobilindustrie beschleunigt.

Minister wollen keine freie Forschung

Doch Kritik am geplanten Verbrenner-Aus weisen die Minister zurück. Debatten um ein Zurück zum Verbrenner verunsicherten sowohl Käufer als auch Unternehmen und Inverstoren, steht in dem Positionspapier. „Ich habe schon oft gesagt, dass Technologieoffenheit zu Orientierungslosigkeit führt. Und gerade die können wir uns in dieser Phase und in den nächsten Jahren nicht leisten.“ Sagte Minister Lies. So sehen SPD-Minister eine freie Forschung und Entwicklung.

Es lohnt sich, über den nationalen Tellerrand zu schauen. In China kostet Strom rund 9 Cent / Kilowattstunde. Dies ist möglich, weil über 85 Prozent des Stroms in China aus Kohle-, Kern- und Wasserkraftwerken kommt. Heimische Kohle hat einen großen Anteil an der Stromerzeugung. Mit Beendigung der EEG-Subventionen und der CO₂-Bepreisung und dem Wiederauffahren der noch intakten Kohle-Kraftwerke, sowie der Förderung von Erdöl und Erdgas aus dem Schiefergestein in Deutschland können unsere Strompreise auf das Niveau von China sinken. Damit wäre Deutschland wieder weltweit konkurrenzfähig. Arbeitsplätze wären sicher und die Abwanderung von Fachkräften würde gestoppt. Die Ampel-Regierung wird wohl aus ideologischen Gründen diesen Weg nicht wählen, sondern eher Deutschlands Wohlstand auf das Niveau von Entwicklungsländern drücken.

Hans-Günter Appel

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Auenweg 2
26419 Schortens
Tel.: 04423 7557